

## **ANTRÄGE**

### **1) Enquete zur Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderung**

GR. **Hohensinner** stellt namens der ÖVP und der Grünen folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: In meinem Antrag geht es um die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderung, die momentan alles andere als rosig ist. Die Sozialstadträtin Elke Edlinger wird ersucht, eine Enquete zur Armuts-, beziehungsweise Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderung unter Einbeziehung des Behindertenbeirates, des Sozialausschusses, VertreterInnen der Joballianz, der Wirtschaftskammer, des AMS, des Bundessozialamtes und weiteren ExpertInnen zu organisieren und die daraus resultierenden Erkenntnisse und zu treffenden Maßnahmen dem Gemeinderat vorzulegen.

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Laut Armutskonferenz sind in Österreich 82.000 Menschen mit Behinderung von Armut betroffen. Damit ist ihr Armutsrisiko doppelt so hoch wie das der Restbevölkerung.

Im Vergleich mit anderen Bevölkerungsgruppen, die ein hohes Armutsrisiko aufweisen, tritt bei Personen mit Behinderung hohe manifeste Armut und hohe soziale Ausgrenzung gleichzeitig auf. Wer mit einer Behinderung wenig finanzielle Möglichkeiten hat, hat auch weniger gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten und ist von stärkerer sozialer Ausgrenzung bedroht. Und umgekehrt, wer durch eine Behinderung in zentralen gesellschaftlichen Bereichen geringeren Zugangsmöglichkeiten ausgesetzt ist, hat auch geringere ökonomische Mittel zur Verfügung.

Als Hauptursache wird die prekäre Situation behinderter Menschen am Arbeitsmarkt genannt.

In der Steiermark waren nach dem Bundesbehinderteneinstellungsgesetz im November 2009 417 Menschen mit Behinderung als arbeitslos gemeldet. Dies ist ein Zuwachs gegenüber 2008 um 11,5%.

Nach dem Steiermärkischen Landesbehindertengesetz befanden sich mit November 2009 1.242 Menschen mit Behinderung auf Arbeitssuche. Auch hier ist ein Anstieg von 11,4 Prozent zu verschmerzen.

Mitverantwortlich sind auch nicht mehr zeitgemäße rechtliche Rahmenbedingungen. Um diesem Trend stark entgegen treten zu können, ist es erforderlich, alle dafür in Graz bereitstehende Ressourcen zu bündeln.

Daher stelle ich im namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP und GRÜNE den

### **A n t r a g:**

Die Sozialstadträtin Elke Edlinger wird ersucht, eine Enquete zur Armut- bzw. zur Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderung unter Einbeziehung des Behindertenbeirates, des Sozialausschusses, VertreterInnen der Joballianz, der Wirtschaftskammer, des AMS, des Bundessozialamtes und weiterer ExpertInnen zu organisieren und die daraus resultierenden Erkenntnisse und zu treffenden Maßnahmen dem Gemeinderat vorzulegen.

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **2) Kooperation der „HelferInnen“ in Familien**

GR. Hohensinner stellt namens der ÖVP und der Grünen folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Es geht um eine noch bessere Kooperation der HelferInnen in den Familien, was Jugend- und Sozialamt betrifft. Die Magistratsabteilungen 5 - Sozialamt und 6 - Amt für Jugend und Familie werden ersucht, mittels Evaluierungsbögen unter den SozialarbeiterInnen, aber auch unter den HelferInnen der externen Trägervereine eine Erhebung durchzuführen, um die Optimierungsmöglichkeiten zu einer noch besseren Zusammenarbeit in den Familien festzustellen.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Familien, in welchen mehrere Dienstleistungen aufgrund des Sozialhilfe-, Behindertenhilfe- oder Jugendwohlfahrtsgesetzes eingesetzt werden, erfahren von unserer Stadt eine große Unterstützung.

Da diese Hilfeleistungen nicht nur durch DiplomsozialarbeiterInnen der Magistratsabteilungen 5 – Sozialamt und 6 – Amt für Jugend und Familie, sondern auch sehr oft über verschiedene mobile Träger durch Dienste wie beispielsweise Familienhilfe, Frühförderung oder Wohnassistenz erbracht werden, ist eine Kooperation untereinander das Um und Auf.

Aus meiner beruflichen Praxis weiß ich, dass unsere Ämter auf diese wichtige Kommunikation achten. Trotzdem höre ich von HelferInnen immer wieder das Anliegen, diese Zusammenarbeit zu optimieren, um die Effektivität der Hilfestellungen zu erhöhen.

Vor einigen Jahren wurde von Sozialstadträtin Tatjana Kaltenbeck Michl - auch unter diesem Gesichtspunkt - das Projekt Sozialraumorientierung auf Schiene gebracht. Bei der Präsentation wurde damals wie folgt argumentiert: „Die Dienstleistungen des Jugend- und Sozialamtes sollen rascher erbracht werden, es muss klare Zuständigkeiten geben, die Hilfe muss bedarfsorientiert und flexibel erbracht werden, die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern soll besser koordiniert werden“.

Um die Qualität unserer Leistungen ständig zu steigern, erscheint eine Befragung der MitarbeiterInnen bezüglich der Optimierung von Helferkooperationen als sinnvoll.

Daher stelle ich namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP und GRÜNE folgenden

### **A n t r a g:**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die Magistratsabteilungen 5 - Sozialamt und 6 - Amt für Jugend und Familie werden ersucht, mittels Evaluierungsbögen unter den SozialarbeiterInnen, aber auch unter den HelferInnen der externen Trägervereine eine Erhebung durchzuführen, um die Optimierungsmöglichkeiten zu einer noch besseren Zusammenarbeit in den Familien festzustellen.

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **3) Einführung von Aktentracking in Graz**

GR. **Neumann** stellt folgenden Antrag:

GR. **Neumann**: In meinem Antrag geht es um Aktentracking, man kennt das von Paketzustelldiensten Pakete können über Internet-Plattformen nachvollzogen werden, wo sie sich gerade befinden, Aktentracking ist auch nichts Neues mehr in Österreich, Städte wie Leoben, St. Pölten oder Wolfsberg verwenden das bereits. Mein Antrag daher: Als Ergänzung zum bereits bestehenden guten Grazer E-

Government-System und um mehr Bürgernähe zu demonstrieren, möge der Gemeinderat die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, die Einführung eines Aktentracking-Systems im Magistrat Graz zu prüfen und dem Gemeinderat bis Juni diesen Jahres darüber zu berichten.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Der Bürger und die Bürgerin, speziell aber auch Unternehmen, haben oft den Eindruck, dass ein eingereichter Antrag oft lange im Magistrat verschwindet. Dieser vielleicht falsche Eindruck könnte durch mehr Transparenz, die den Verlauf des Akts nachvollziehbar macht, leicht richtiggestellt werden.

Aktentracking - analog zum bereits bekannten und erprobten Paket-Tracking von Paketzustelldiensten - ist eine hervorragende Möglichkeit, den Weg eines Akts genau nachvollziehbar zu machen. Der Bürger bzw. die Bürgerin sieht per Internet-Plattform, wo sich der Akt gerade befindet und welche SachbearbeiterIn zuständig ist. Kontaktdaten der SachbearbeiterIn sind auf der Webplattform ebenfalls ersichtlich, der Bürger hat eine direkte Ansprechperson für seinen aktuellen Akt.

Aktentracking-Systeme sind mittlerweile standardisierte Verfahrensweisen, die sowohl in österreichischen Unternehmen als auch in österreichischen Städten, wie z. B. Leoben, St. Pölten oder Wolfsberg, zum Einsatz kommen.

Daher stelle ich Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**A n t r a g:**

Als Ergänzung zum bereits bestehenden guten Grazer E-Government-Systems und um mehr Bürgernähe zu demonstrieren, möge der Gemeinderat die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, die Einführung eines Aktentracking-Systems im Magistrat Graz zu prüfen und dem Gemeinderat bis Juni d. J. darüber berichten.

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **4) LKH-Zugang für Menschen mit Behinderung**

GR. Mag. **Kowald** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Kowald**: Sehr geehrte Damen und Herren, werter Bürgermeister! Das LKH-Gelände ist nicht annähernd barrierefrei. Politisch zuständig sind die Landesrätin Vollath und unser Stadtrat Riedler. Ich stelle daher den Antrag seitens unserer Partei, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt ersucht die Krankenanstalten GesmbH KAGes, dahingehend einzuwirken, schon bestehende Bemühungen und Pläne zum Thema barrierefreies LKH-Universitätsklinikum Graz raschestmöglich zukunftsweisend umzusetzen. Zu prüfen, ob die Machbarkeit gegeben ist, dass Zivildienstler Menschen mit Blindheit und Sehbehinderte durch das Areal begleiten und zu prüfen, ob das Kellerleitsystem im Untergeschoss fußgängeradäquat, barrierefrei gestaltet werden kann, dass dort Menschen mit Behinderung, Besucher und Patienten unterwegs sein können. Und wir ersuchen, dass dem Gemeinderat und dem Landtag bis zum Sommer 2010 ein Bericht über den Fortgang der Bemühungen präsentiert wird. Besten Dank (*Applaus ÖVP*).

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Graz ist bekannt für sein Landeskrankenhaus, das territorial bei uns in Graz ist, aber fast zur Gänze zu den Betätigungsfeldern des Landes Steiermark, vertreten durch die KAGES, zählt.

Wir haben eines der besten Krankenhäuser unserer Republik. Das Krankenhaus wird logischerweise vorwiegend von älteren Menschen und von Menschen, die gesundheitliche Probleme oder eine Behinderung haben, besucht.

Das Grazer LKH-Gelände ist für Menschen mit Behinderung sehr schwierig oder gar nicht zugänglich. Es handelt sich um eine Dauerbaustelle mit vielen Verlegungen, mangelnden Beschilderungen, teilweise fehlenden Gehsteigen, keinem taktilen Leitsystem, eilenden Menschen und tausenden Besuchern, die kaum helfen können.

Die größte Hilfe für blinde Menschen sind freilich Begleitpersonen, wie z.B. Zivildienstler, aber auch taktile Hilfen sind erforderlich. Rollstuhlfahrer haben mit vielen anderen Barrieren zu kämpfen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

### **A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz möge an die Verantwortlichen der Stmk. Krankenanstalten GesmbH. (KAGes) mit dem Ersuchen herantreten, dass

- die bisherigen Bemühungen und Pläne zum Thema barrierefreies LKH-Universitätsklinikum Graz eine rasche zukunftsweisende Umsetzung finden,
- die Möglichkeit geprüft wird, dass Zivildienstler sehbehinderte Menschen durch das gesamte Areal des LKH-Universitätsklinikums Graz leiten können,
- das "alte" Kellerleitsystem im zweiten Untergeschoss, welches das gesamte Gelände auf einer Ebene miteinander verbindet, fußgängeradäquat renoviert wird, damit eine Begehung durch Menschen mit Behinderung, Patientinnen/Patienten und das Personal, aber auch für Besucherinnen/Besucher möglich wird und
- über den Stand der Umsetzungen noch vor dem Sommer 2010 dem Landtag berichtet werden kann.

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **5) Solar-Tankstelle im Grazer Stadtgebiet**

GR. Mag. **Molnar** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Molnar**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In Zeiten der Energieverknappung und des Klimawandels muss die öffentliche Hand Vorreiter bei der Anschaffung von Förderung von alternativen Techniken sein. Gerade im Bereich der „E- Mobilität“ sind Fahrräder mit E-Hilfsmotoren und E-Mopeds in den letzten zwei Jahren beliebte Alternativen im Individualverkehr geworden. Um diesen Trend zu fördern und den Benutzern dieser CO<sub>2</sub>-schonende Technik zur forcieren, sollten wir Auftank- beziehungsweise Auflademöglichkeiten bieten. Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden Antrag: Der Gemeinderat möge beschließen, dass die zuständigen Wirtschaftsbetriebe die im Motivenbericht beschriebenen am Markt befindlichen Solar-Tankstellen für Zweiräder prüfen, geeignete Modelle probeweise im Grazer Stadtgebiet aufstellen und dem Gemeinderat in einem Jahr darüber berichten. Danke (*Applaus ÖVP*).

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

In Zeiten der Energieverknappung und des Klimawandels muss die öffentliche Hand Voreiter bei der Anschaffung und Förderung von alternativer Technik sein.

Gerade im Bereich der „E-Mobilität“ sind Fahrräder mit E-Hilfsmotoren und E-Mopeds in den letzten zwei Jahren beliebte Alternativen im Individualverkehr geworden.

Um diesen Trend zu fördern und den Benutzern dieser Technik CO<sub>2</sub>-schonende Auftank- bzw. Auflademöglichkeiten zu bieten,

stelle ich daher namens des ÖVP-GR-Clubs folgenden

### **A n t r a g:**

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die zuständigen Wirtschaftsbetriebe die im Motivenbericht beschriebenen am Markt befindlichen Solar-Tankstellen prüfen, geeignete Modelle probeweise im Grazer Stadtgebiet aufstellen und dem Gemeinderat in einem Jahr darüber berichten.

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **6) Buswendeschleife Fölling**

GR. Dr. **Hofmann-Wellenhof** stellt folgenden Antrag:

GR. Dr. **Hofmann-Wellenhof**: Es geht in diesem Antrag um Mariatrost, um eine noch bessere Anbindung, um die Buswendeschleife in Fölling. Gegenwärtig ist eine Lösung vorgesehen, die verkehrstechnisch nicht ideal ist und auch aus der Sicht der Sicherheit. Daher ergeht der Antrag folgendermaßen: Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen, Frau Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker zu ersuchen, alles zu unternehmen, damit die Realisierung der Buswendeschleife beim Sportplatz in Fölling möglich wird. Also das aus der Sicht der Bevölkerung die ideale Lösung wäre.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Seit der politischen Entscheidung vor mehreren Jahren, die Park-&-Ride-Anlage in Fölling zu errichten, war auch klar, dass es beim Sportplatz Fölling eine Buswendeschleife zur ÖV-Anbindung geben muss.

Folgende Argumente sprechen nach wie vor für diese Lösung:

- Verkehrsflächen abseits der Mariatroster Straße sind vorhanden und werden schon jetzt als Wendeschleife für ein Transportunternehmen verwendet.
- Direkte Anbindung der Sportanlage Fölling mit dem dort ansässigen Jugendsportverein mit mehr als 200 Kindern und Jugendlichen.
- ÖV-Versorgung der dortigen Wohnbevölkerung (Paulinerweg, Neusitzstraße usw.)
- Busbucht-Errichtung direkt vor dem zu errichtenden Parkhaus vom stadtauswärts einfahrenden Linienbus.
- Ideale Verteilungsabstände der Bushaltestellen in diesem Stadtteil.

Diese Argumente hat der anerkannte Verkehrsexperte Univ.-Prof. DI Dr. Fallast in einer schriftlichen Stellungnahme vom 17. November 2009 untermauert.

Namens des ÖVP Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

### **A n t r a g:**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen, Frau Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker zu ersuchen, alles zu unternehmen, damit die Realisierung der Buswendeschleife beim Sportplatz in Fölling möglich wird.

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 7) Lehrstelleninitiativen im öffentlichen Dienst

GR. **Kolar** stellt folgenden Antrag:

GR. **Kolar**: Geschätzte Damen und Herren, Herr Bürgermeister! Wie schon gesagt, mein Antrag beschäftigt sich mit der arbeitsmarktpolitischen Situation der Jugendlichen und diese ist wahrlich nicht rosig zu sagen, sondern letztendlich sehr dramatisch in Graz. Wir haben über 323 Suchende und 82 offene Lehrstellen. Ich stelle den Antrag wie im Vorjahr: Innerhalb unserer Magistratsabteilungen werden die GeschäftsführerInnen der Eigenbetriebe, der städtischen Gesellschaften und Tochterunternehmen aufgefordert, hier in ihrem Verantwortungsbereich Lehrstellen und Ausbildungsplätze zu erheben und sie letztendlich dann der Magistratsdirektion bekanntzugeben, um die notwendigen Schritte, damit die Jugendlichen in der öffentlichen Verwaltung eine Chance finden, zu ermöglichen. Ich ersuche um Mithilfe des Herrn Magistratsdirektors und auch des Herrn Bürgermeisters. Danke (*Applaus SPÖ*).

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Auch wenn die Talsohle der Finanz- und Wirtschaftskrise überwunden zu sein scheint, kann von einer Entspannung am Arbeitsmarkt keine Rede sein. Ganz im Gegenteil: Alle ExpertInnen warnen davor, dass die Konjunkturreinbrüche und die schlechten Auftragslagen der vergangenen beiden Jahre erst jetzt auch auf dem Arbeitsmarkt ihren Niederschlag finden werden – und die steigenden Arbeitslosenzahlen bestätigen dies leider.

Betroffen davon ist natürlich der Lehrstellenmarkt: Im Jänner 2010 waren beim AMS für Graz 323 Lehrstellensuchende vorgemerkt – um 24 mehr als noch im Jänner 2009. Dem standen nur 82 offene Lehrstellen gegenüber. Was zeigt, dass es für junge Menschen immer schwieriger wird, einen Lehrplatz zu finden. Und diese Situation wird sich in den nächsten Monaten und speziell gegen Ende des Schuljahres noch weiter zuspitzen.

Umso wichtiger ist es, dass auch der öffentliche Dienst seine Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen wahrnimmt. Die GdG-KMSfB hat deshalb im Vorjahr erstmals die Initiative „Gemeinden schaffen Lehrstellen“ gestartet – mit dem Ziel, dass jungen Menschen in den steirischen Städten und Gemeinden sowie in den gemeindenahen Unternehmen und den Beteiligungen mehr Lehrstellen geschaffen werden. Das Interesse an dieser Initiative war jedenfalls sehr groß – und in Kooperation mit dem AMS und mit Unterstützung des BFI ist es gelungen, etliche neue Lehrstellen zu schaffen. Wobei die Resonanz in Graz leider, ich sage es jetzt vorsichtig, zu wünschen ließ: Die Zahl der neuen Lehrstellen, die das 6000 MitarbeiterInnen starke Unternehmen „Haus Graz“ schaffte, war mehr als bescheiden.

Dabei gäbe es im Magistrat selbst wie in den städtischen Gesellschaften bzw. Beteiligungen sicher viele Möglichkeiten, jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Sind doch im öffentlichen Dienst rund 200 Berufsgruppen tätig: In diesem weiten Betätigungsfeld – speziell im Dienstleistungsbereich, von der Daseinsvorsorge bis zur Tourismusbranche, von Büroarbeit bis zur Energieberatung – sollte es eine ganze Reihe zukunftsorientierter Ausbildungsplätze für junge Menschen geben. Diese Möglichkeiten sind jetzt raschest auszuloten, da in den kommenden Monaten viele Jugendliche und zum Teil auch deren Eltern sich auf die verzweifelte Suche nach Lehrstellen begeben werden: Diese Grazerinnen und Grazer brauchen jetzt auch die Unterstützung der öffentlichen Hand.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

### **A n t r a g :**

Die Vorstände sämtlicher Magistratsabteilungen, die GeschäftsführerInnen der Eigenbetriebe, der stadteigenen Gesellschaften und Tochterunternehmen mögen umgehend aufgefordert werden, für ihre Verantwortungsbereiche in Frage kommende Lehrplätze/Ausbildungsplätze zu erheben und der Magistratsdirektion bekanntzugeben, die weitergehende Schritte zur Ausschreibung von Lehrstellen mit den zuständigen Personalabteilungen koordiniert.

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **8) Durchgehende Beleuchtung des Rad- und Gehweges entlang der Mur**

GRin. **Haas-Wippel** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Haas-Wippel**: Es geht um die fehlende Beleuchtung entlang des Rad- und Gehweges bei der Mur, und deshalb stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag: Die Stadt Graz soll die zuständigen Stellen beauftragen, an diesem stark frequentierten Rad- und Gehweg entlang der Mur eine durchgehende Beleuchtung zu installieren.

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Die fehlende Beleuchtung des Rad- und Gehweges entlang der Mur im Süden des Grazer Stadtgebietes stellt ein hohes Sicherheitsrisiko für die RadfahrerInnen, SpaziergeherInnen und LäuferInnen - speziell in den Wintermonaten - dar. Seit Jahren fordern die SPÖ-BezirksvertreterInnen der Bezirke Puntigam, Liebenau und Jakomini eine durchgehende Beleuchtung des Murrad- und Gehweges. Im Rahmen der von der SPÖ Graz mit den Bezirken durchgeführte „Aktion Gefahrenpunkt“ haben viele betroffene GrazerInnen auf diese Gefahrenstelle aufmerksam gemacht, und mehr als 200 Personen haben dies auch mit einer Unterstützungserklärung bekundet.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

**A n t r a g :**

Die Stadt Graz soll die zuständigen Stellen beauftragen, an diesem stark frequentierten Rad- und Gehweg entlang der Mur eine durchgehende Beleuchtung zu installieren.

***Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **9) Beauftragung zur Errichtung einer Lärmschutzwand an der A 2**

GRin. **Haas-Wippel** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Haas-Wippel**: Es geht um die Lärmbelastung in Liebenau, speziell bei der Autobahnbrücke im Murfeld. Die Lärmbelastung wurde auch bei den Lebensqualitätsindikatoren bei der Befragung 2009 als große Beeinträchtigung dokumentiert. Deshalb stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag: Die Stadt Graz soll an die ASFINAG herantreten und sie beauftragen, entlang der A 2 im Bereich des Liebenauer Stadtgebietes im Bereich Murfeld, beginnend auf Höhe der Liebenauer Hauptstraße bis einschließlich der Autobahnbrücke über die Mur, eine Lärmschutzwand zu errichten, um die Lärmbelastung für die dort ansässige Grazer Bevölkerung zu senken (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Lärmschutzwand wird ja sehr oft als die große Chance gesehen. Wir haben mittlerweile im Lande Steiermark so viele Lärmschutzwände, dass man zum Teil nicht einmal mehr auf der Autobahn das schöne Land Steiermark sieht. In der Stadt haben wir mittlerweile auch unterschiedliche Erfahrungen gemacht, weil die Lärmschutzwand, die wir aufgestellt haben, oft wiederum den Schall ganz woanders hintransportiert, aber das Thema Lärmschutz ist natürlich dort wichtig. Wir werden es geschäftsordnungsmäßig wieder weiterleiten.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Seit dem Bau der Autobahn leidet die Grazer Bevölkerung im Bereich Murfeld über eine erhöhte Lärmbelästigung, besonders im Bereich der Brückenführung über die Mur. Durch die ständige Zunahme des Verkehrsaufkommens, besonders auch durch die starke Zunahme des Schwerverkehrs, sind die Lärmbelastungen für die dort wohnende Bevölkerung in den letzten Jahren ständig gestiegen.

Wenn man als AutofahrerIn in Österreich unterwegs ist, sieht man immer wieder neu errichtete Lärmschutzwände, die auch bei kleinen Siedelungen zum Schutze der dort ansässigen Menschen errichtet werden.

In diesem Bereich von Liebenau – in Murfeld – gibt es eine hohe Anzahl von AnrainerInnen, die sich durch den von der Autobahn verursachten und ständig zunehmenden Lärm in ihrer Lebensqualität stark beeinträchtigt fühlen. Diese wird auch durch den immer stärker werdenden Durchzugsverkehr (besonders in den Bereichen Murfelder-Straße und Neudorfer-Straße) noch intensiv beeinträchtigt. Der Belastungsfaktor LÄRM ist auch in der 2009 durchgeführten Befragung der Lebensqualitätsindikatoren im Bezirk Liebenau als negatives Ergebnis angeführt.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

**A n t r a g :**

Die Stadt Graz soll an die ASFINAG herantreten und sie beauftragen, entlang der A 2 (Südautobahn) im Bereich des Liebenauer Stadtgebietes / Murfeld, beginnend auf Höhe der Liebenauer Hauptstraße bis einschließlich der Autobahnbrücke über die Mur, eine Lärmschutzwand zu errichten, um die Lärmbelastung für die dort ansässige Grazer Bevölkerung zu senken.

***Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 10) Bestandsverträge zwischen der Stadt Graz und politischen Parteien beziehungsweise parteinahen Organisationen

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt folgenden Antrag:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich habe es heute bei der Anfrage schon angekündigt, nachdem aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Details genannt werden durften in der Sitzung, stelle ich namens der grünen Fraktion den Antrag, genau Daten zu bekommen über Bestandsverträge mit politischen Parteien beziehungsweise parteinahen Organisationen, die Objektgröße, das monatliche Entgelt und dergleichen und weiters wäre auch noch interessant, die Investitionsablösen in den letzten zehn Jahren, die getätigt wurden bei der Rückgabe solcher Projekte, reine Investablösen oder ob die Bestandsverträge auch abgelöst worden sind. Ich bitte hier um detaillierten Bericht.

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Die aktuellen Beispiele von Vermietungen von Grundstücken zu Billigpreisen an die Grazer SPÖ haben gezeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Im Sinne einer Transparenz hinsichtlich Parteienförderung stelle ich daher im Namen der grünen Gemeinderatsfraktion folgenden

### **A n t r a g :**

Das zuständige Stadtsenatsmitglied Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher wird ersucht, eine Übersicht aller aktuellen Bestandsverträge (Miete, Pacht, usw.) zwischen der Stadt Graz und politischen Parteien bzw. parteinahen Organisationen vorzulegen. Dabei ist insbesondere auf die Objektgröße, das monatliche Entgelt und den derzeitigen Nutzungszweck einzugehen. Weiters wird um eine Übersicht der in den letzten 10 Jahren von der Stadt Graz getätigten Investitionsablösen an politische Parteien bzw. parteinahe Organisationen ersucht.

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

*Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 21.20 Uhr den Vorsitz.*

## **11) Absperrungen von Wanderwegen**

GR. **Schneider** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schneider**: In meinem Antrag geht es darum, die Wanderwege in Graz für die Bevölkerung zu erhalten und zu schützen und darum zu kämpfen, sie zu befreien, falls sie abgesperrt sind. Deswegen mein Antrag:

- 1) In einer fachlich kompetenten Abteilung soll dauerhaft eine Ansprechstelle zur Entgegennahme von Meldungen über Wegabsperungen geschaffen werden.
- 2) Die entsprechende Abteilung soll den eingegangenen Meldungen nachgehen, den Sachverhalt prüfen und nötigenfalls das öffentliche Interesse durchsetzen.
- 3) Ebenfalls soll es die Möglichkeit für GrundbesitzerInnen wie auch für WegbenutzerInnen geben, sich über ihre Rechte im Zusammenhang mit der Nutzung von Wegen informieren zu lassen.
- 4) Über die in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen und Aktivitäten ist einmal jährlich im Gemeindeumweltausschuss zu berichten.

Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Zum Angebot einer Stadt an ihre BewohnerInnen gehört auch der Zugang zur Natur, auf Wiesen, Feldern und in Wäldern. Dieser Zugang ist in Graz zum Glück gegeben, auch ohne dass ein Auto benutzt werden muss. Leider ist das Wandern in den

Waldgebieten am Stadtrand von Graz immer wieder durch Wegabsperungen bedroht, die von den Besitzern der Liegenschaften veranlasst werden.

Nach einem Aufruf im „Grazer“ im vergangenen Herbst meldeten sich zahlreiche Betroffene bei mir und nannten Stellen, die von Wegabsperungen betroffen sind.

Wenn Wege auf privatem Grund, die aber lange von Menschen zum Wandern benutzt wurde, abgesperrt werden, liegt es in der Verantwortung der Gemeinde gegenüber den LiegenschaftsbesitzerInnen, das öffentliche Interesse am jeweiligen Weg kundzutun und gegebenenfalls einzuklagen.

Im Sinne einer hohen Lebensqualität müssen die Wanderwege in Graz erhalten und für die BürgerInnen begehbar bleiben. Die Stadt Graz muss auf unbürokratische Weise entsprechende Hinweise aus der Bevölkerung aufnehmen, ihnen nachgehen und das öffentliche Interesse verteidigen. Zusätzlich sollte es aber auch für die LiegenschaftsbesitzerInnen Beratung über ihre Rechte und Möglichkeiten geben, sodass sie sich gegebenenfalls gegen den Missbrauch ihrer Flächen (Müll, Beschädigungen, unerlaubtes Parken) wehren können, aber auch darauf hingewiesen werden, was sie nicht dürfen (Absperungen, Verbotsschilder auf öffentlich genutzten Wegen).

Im Sinne einer hohen Lebensqualität in Graz stelle ich daher Namens der grünen Gemeinderatsfraktion folgenden

### **A n t r a g :**

- 1) In einer fachlich kompetenten Abteilung soll dauerhaft eine Ansprechstelle zur Entgegennahme von Meldungen über Wegabsperungen geschaffen werden.
- 2) Die entsprechende Abteilung soll den eingegangenen Meldungen nachgehen, den Sachverhalt prüfen und nötigenfalls das öffentliche Interesse durchsetzen.
- 3) Ebenfalls soll es die Möglichkeit für GrundbesitzerInnen wie auch für WegbenutzerInnen geben, sich über ihre Rechte im Zusammenhang mit der Nutzung von Wegen informieren zu lassen.

- 4) Über die in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen und Aktivitäten ist einmal jährlich im Gemeindeumweltausschuss zu berichten.

***Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **12) Neuer Standort für den LUV**

GRin. **Jahn** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Jahn**: In meinem Antrag geht es um einen neuen Standort für den LUV, den Grazer Lehrlingsunterstützungsverein, den die meisten hier herinnen hoffentlich kennen und der ganz großartige Arbeit für 350 sportbegeisterte Jugendliche leistet. Der Antragstext lautet: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz (Sportamt, Beteiligungsreferent und GBG) werden beauftragt, den LUV bei der Suche nach einem geeigneten Ersatzstandort tatkräftig zu unterstützen, um die Existenz dieses wichtigen Vereines über das 50. Bestehungsjahr, das wir heuer feiern, hinaus zu sichern (*Applaus Grüne*).

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Der Grazer Lehrlingsunterstützungsverein/LUV bietet ca. 350 sportbegeisterten Jugendlichen die Möglichkeit, Fußball zu spielen. Insgesamt beherbergt der LUV, der heuer sein 50-jähriges Vereinsjubiläum feiert, 13 Jugendmannschaften und 3 Ligamannschaften. Der große Zulauf, besonders auch an jungen, fußballbegeisterten Mädchen, ist ein Ausdruck der wertvollen Arbeit seitens des Vereins. Zudem befindet sich der LUV in einem Teil der Stadt Graz, in Wetzelsdorf, der nahezu keine sonstigen öffentlichen Sport- und Spielflächen - insbesondere für junge Menschen - aufweisen kann.

Zunehmend problematisch stellt sich jedoch die Situation am Areal des LUV dar. Ein Teil der Sportplätze wurde bereits verbaut, sodass de facto nur mehr eineinhalb Spielfelder zur Verfügung stehen - viel zu wenig, um den 16 Mannschaften adäquate Trainingsverhältnissen (wie sie insbesondere die in der Bundesliga vertretenen LUV-Frauen benötigen würden) bieten zu können. Auch die Umkleidekabinen sowie die übrigen Vereinsräumlichkeiten befinden sich in einem äußerst beklagenswerten und nicht mehr renovierungsfähigen Zustand. Um die Trainingseinheiten erhalten zu können, müssen Trainings-Ausweichquartiere wie die Belgier- und Gablenzkaserne in Anspruch genommen werden, wobei ab heuer überhaupt nur mehr die Belgierkaserne (ohne Duschköglichkeit) genutzt werden darf.

Aus diesem Grund sucht der LUV nun schon seit längerem Ersatzflächen, vorzüglich in Wetzelsdorf. Die für den Ankauf neuer Flächen und den Bau des Vereinsgebäudes nötigen Mittel könnten (zumindest teilweise) durch den Verkauf des derzeitigen LUV-Areals abgedeckt werden.

Um die Existenz des Grazer LUV zu sichern, stelle ich daher namens der Grünen den

### **A n t r a g :**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz (Sportamt, Beteiligungsreferent und GBG) werden beauftragt, den LUV bei der Suche nach einem geeigneten Ersatzstandort tatkräftig zu unterstützen, um die Existenz dieses wichtigen Vereines über sein 50. Bestandsjahr hinaus zu sichern.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### 13) Ökonomische Integration fördern

GRin. **Binder** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Binder**: Mir geht es um ökonomische Integration, die gefördert werden soll in Graz. Sie haben das wahrscheinlich auch mitverfolgt. Die Wirtschaftskammer und die Industriellenvereinigung rufen zwar seit geraumer Zeit danach, dass wir unbedingt Zuwanderung brauchen, weil wir qualifizierte Arbeitskräfte benötigen, um den Wirtschaftsstandort Österreich konkurrenzfähig zu halten. Was dabei aber nicht dazugesagt wird ist, dass es auch entsprechende Maßnahmen geben muss, damit diese Menschen auch integriert werden, und darüber wird natürlich geflissentlich hinweggeschaut, was für eine erbärmliche Integrationspolitik in Österreich gemacht wird. Ich zitiere Robert Reithofer, der in einem Aufsatz „Armut macht fremd“ und „Diskriminierung und soziale Ausschließung von MigrantInnen in Graz“, nämlich in den Grazer sozialpolitischen Heften, Band 1, da schreibt er: „Das Scheitern und Gelingen von Integrationsprozessen wird jedenfalls auf der ganz alltäglichen kommunalen Ebene sichtbar“, und ich kann nur sagen, wie wahr, denn im Grazer war kürzlich zu lesen, dass das Grazer Gewerbeamt eine „Aktion scharf“ auf Grund der Sonntagsöffnung der türkischen Geschäfte, die eigentlich alles Kurden sind, aber bei uns sind sie halt bekannt geworden als türkische Geschäfte, diese „Aktion scharf“ durchgezogen wird und die Wirtschaftskammer und die Sparte Handel applaudiert dazu, man sei äußerst zufrieden mit diesen Kontrollen und den Exekutionen. Ich frage mich, wem die im Vergleich zu den großen Handelsketten doch relativ kleinen Geschäfte solchen Schaden zufügen können und ich verhehle nicht, es geht mir darum, dass die ethnischen UnternehmerInnen, die heute die NahversorgerInnen sind, auch gestützt werden und gefördert werden und da vermisse ich auch ein klares Wort des Herrn Bürgermeisters zum Schutz dieser Familienunternehmen und daher stelle ich den Antrag:

1. Die für Wirtschaftsangelegenheiten zuständige Stadtsenatsreferentin, Stadträtin Mag<sup>a</sup>. Sonja Grabner wird beauftragt, eine Wirtschaftsförderungsstrategie für ethnische Familienunternehmen zu entwickeln und bis zum Sommer 2010 dem Gemeinderat vorzulegen.

2. Das Kontrollpersonal im Gewerbeamt wird darauf hingewiesen, wie Kontrollen respektvoll durchgeführt werden können. Gerade in diesem sensiblen Bereich brauchen BeamtInnen eine Unterstützung durch gute Schulungsangebote.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Sympathiekampagne für ethnische Kleinunternehmen in Graz durchzuführen und Maßnahmen zu deren Absicherung zu setzen.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Wir brauchen Zuwanderung, tönen Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer im Bewusstsein der Notwendigkeit, qualifizierte Arbeitskräfte ins Land zu holen, um den Wirtschaftsstandort Österreich weiterhin konkurrenzfähig zu halten. Dabei müsste den beiden Institutionen auch klar sein, dass für eine gewünschte Zuwanderung auch jene Maßnahmen zu setzen sind, die eine politische, ökonomische, soziale und kulturelle Integration dieser Menschen gewährleisten können. Aber gerade da wird geflissentlich darüber hinweggeschaut, wie erbärmlich Integrationspolitik in Österreich praktiziert wird.

Robert Reithofer schreibt in seinem Aufsatz: „Armut macht fremd. Diskriminierung und soziale Ausschließung von MigrantInnen in Graz“ in Grazer Sozialpolitische Hefte, Band 1: „Das Scheitern und Gelingen von Integrationsprozessen wird jedenfalls auf der ganz alltäglichen kommunalen Ebene sichtbar.“ Wie wahr.

Da lese ich in der Zeitung „Der Grazer“, dass das Grazer Gewerbeamt eine „Aktion scharf“ aufgrund der Sonntagsöffnung der türkischen Geschäfte, die eigentlich fast alle Kurden mit österreichischer Staatsbürgerschaft sind, durchgezogen hat und die Sparte Handel applaudiert: Man sei äußerst zufrieden mit den Kontrollen und Exekutionen.

Ich frage mich, wem die im Vergleich zu den großen Handelsketten relativ kleinen Lebensmittelläden Schaden zugefügt haben? Und ich verhehle nicht, dass ich diese plump gesteuerten Aktionen vor dem Hintergrund der Wirtschaftskammerwahl für ökonomisch und politisch dumm halte, denn auch diese Familienunternehmen tragen

zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wertschöpfung bei, zahlen ihre Steuern und sichern ihren Familien den Lebensunterhalt.

Die ethnischen UnternehmerInnen mit ihren Lebensmittelläden sind die NahversorgerInnen von heute, denn ein österreichischer Klein-Nahversorger würde sich das nicht mehr antun, bedeutet es doch, einen 10 – 12-Stunden-Arbeitstag zu haben bei einem recht bescheidenen Einkommen, wobei der Sonntag der umsatzstärkste Tag ist. Dieses Einkommen fällt nun weg und löst Sorge und Unsicherheit bei den Betroffenen aus.

Bei den Gesprächen mit den Inhabern einzelner Geschäfte wurde uns berichtet, wie unhöflich die Kontrollen durchgeführt werden und dass diese UnternehmerInnen noch nie eine Unterstützung in Form einer Wirtschaftsförderung erhalten hätten, um ihre Geschäfte auch entsprechend ausstatten zu können. Außerdem gab es bisher keine Würdigung ihrer Bedeutung für die Nahversorgung und ihres Bemühens um ökonomische Integration. Was ich hier vermisst habe, war eine klare und unmissverständliche Haltung und Wertschätzung des Bürgermeisters diesen Menschen gegenüber. Graz ist eine Einwanderungsstadt – so steht es im Koalitionsvertrag – aber was genau wird dafür getan?

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

### **A n t r a g :**

1. Die für Wirtschaftsangelegenheiten zuständige Stadtsenatsreferentin, Stadträtin Mag<sup>a</sup>. Sonja Grabner wird beauftragt, eine Wirtschaftsförderungsstrategie für ethnische Familienunternehmen zu entwickeln und bis zum Sommer 2010 dem Gemeinderat vorzulegen.
2. Das Kontrollpersonal im Gewerbeamt wird darauf hingewiesen, wie Kontrollen respektvoll durchgeführt werden können. Gerade in diesem sensiblen Bereich brauchen BeamtInnen eine Unterstützung durch gute Schulungsangebote.

3. Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Sympathiekampagne für ethnische Kleinunternehmen in Graz durchzuführen und Maßnahmen zu deren Absicherung zu setzen.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **14) Energie-Effizienz-Initiative Nr. 3: energie-effiziente, ökologische und faire Beschaffung von EDV-Komponenten**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Antrag:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag ist im Zusammenhang mit dem Stück IT-Umsetzungsprogramm 2010 entstanden und auch auf Wunsch aller im Ausschuss vertretenen Parteien. Es geht um eine Energieeffizienzinitiative, nämlich um die energieeffiziente, ökologische und faire Beschaffung von EDV-Komponenten. Seitens des grünen Gemeinderatsklubs stelle ich folgenden Antrag: Das Referat für Verfassungs- und Vergaberecht wird ersucht, unter Einbeziehung der Materialien der Klima-aktiv-Initiative sowie des "Leitfadens zur fairen und ökologischen Beschaffung von Computern" die vergaberechtlichen Möglichkeiten für die Berücksichtigung von Energie-Effizienz-, ökologischen und fairen Kriterien bei der Ausschreibung für die Beschaffung von EDV-Komponenten zu prüfen und einen Vorschlag für eine Umsetzung in den künftigen Ausschreibungen der Stadt Graz auszuarbeiten. Danke.

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Bund, Länder und Gemeinden geben in Österreich jährlich etwa 40 Milliarden Euro für öffentliche Güter und Dienstleistungen aus. Pro Jahr kauft die

Bundesbeschaffung GmbH (BBG), der größte Einkäufer für die öffentliche Hand in Österreich, durchschnittlich 25.000 Computer und 15.000 Laptops ein.

Gerade in Zeiten geringerer Budgeteinnahmen werden energiesparende Informationstechnologien für Kommunen auch ökonomisch zu einem Thema, schließlich sind sie nicht nur für die Umwelt und das Klima von Nutzen, sondern tragen auch zur Kostensenkung in der Kommune bei. Der IT-Bereich ist ein besonderer Glücksfall, trifft sich hier doch die ökologische Komponente mit der ökonomischen Komponente in kongenialer Weise.

Im Rahmen der Klima-aktiv-Initiative des Lebensministeriums werden auf der Web-Site [www.topprodukte.at](http://www.topprodukte.at) Informationen angeboten, wie neben dem Preis und den technischen Anforderungen auch die Umweltgerechtigkeit der Geräte – und damit ihre Energieeffizienz – bei Ausschreibungen berücksichtigt werden können. Mit Hilfe von Umweltleistungsblättern als Grundlage können z.B. Ausschreibungsbedingungen festgelegt und Zuschlagskriterien (Soll-Kriterien) gereiht nach deren Gewichtung in % angegeben werden. Der Vorarlberger Umweltverband empfiehlt dabei eine Gewichtung von Preis- und Soll-Kriterien im Verhältnis 4:1.

Der von der Südwind-Agentur herausgegebene "Leitfaden zur fairen und ökologischen Beschaffung von Computern" stellt neben Kriterien für sozial-ökologische Beschaffung auch Vorschläge zur Umsetzung der Ausschreibung sowie Mustererklärungen für BieterInnen und LieferantInnen bereit und wird den zuständigen Abteilungen mit diesem Antrag gerne elektronisch zur Verfügung gestellt.

Berücksichtigt die öffentliche Hand Effizienz-, soziale und ökologische Kriterien beim Einkauf, kann sie als Vorbild für Unternehmen und KonsumentInnen dienen und aktiv zur Steigerung der Energie-Effizienz und damit zur Reduzierung des Stromverbrauchs und der kommunalen Energiekosten, zur Armutsminderung, einer lebenswerteren Umwelt und besseren Arbeitsbedingungen weltweit beitragen.

Daher stelle ich seitens des grünen Gemeinderats-Klubs folgenden

### **A n t r a g :**

Das Referat für Verfassungs- und Vergaberecht wird ersucht, unter Einbeziehung der Materialien der Klima-aktiv-Initiative topprodukte.at sowie des "Leitfadens zur fairen und ökologischen Beschaffung von Computern" die vergaberechtlichen Möglichkeiten für die Berücksichtigung von Energie-Effizienz-, ökologischen und fairen Kriterien bei der Ausschreibung für die Beschaffung von EDV-Komponenten zu prüfen und einen Vorschlag für eine Umsetzung in den künftigen Ausschreibungen der Stadt Graz auszuarbeiten.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **15) „Keine Rosen ohne Dornen“ – Antrag auf Ehrung der Stadt Graz für Dr. Grete Schurz, Grazer Frauenbeauftragte 1986 – 1994**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabe** stellt namens von Grünen, SPÖ und KPÖ folgenden Antrag:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Mein Antrag bezieht sich auf ein Anliegen des Grazer Frauenrats in Vertretung durch die Frauenbeauftragte Maggie Jansensberger, und es geht um die EhrenbürgerInnenschaft, das Ansuchen, diese an Grete Schurz, die erste Grazer Frauenbeauftragte zu verleihen. Hintergrund: Derzeit gibt es 44 Ehrenbürger, keine Frau darunter, bisher gab es auch noch keine. Der Fachausschuss hat dieses Anliegen sehr positiv beurteilt und einstimmig unterstützt. Nach politischen Gesprächen hat sich gezeigt, dass der Herr Bürgermeister dieses Ansuchen insofern abändern möchte, dass Frau Grete Schurz der Ehrenring der Stadt Graz verliehen wird. Mein Antrag ist hiermit und ein Antrag von Grünen, KPÖ und SPÖ:

1. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl möge entsprechend den im Vorfeld geäußerten Wünschen der politischen Klubs die notwendigen Schritte in die

Wege leiten, der ersten österreichischen Frauenbeauftragten Dr.<sup>in</sup> Grete Schurz eine entsprechende Ehrung durch die Stadt Graz zuteil werden zu lassen.

2. Die Entscheidung und Vorbereitung zu einer solchen Ehrung möge – zur symbolischen Untermauerung des speziellen Engagements von Dr.<sup>in</sup> Grete Schurz - bis spätestens zum diesjährigen internationalen Frauentag, also am 8. März 2010, offiziell bekannt gegeben werden (*Applaus Grüne*).

**Motivenbericht nur schriftlich:**

„Derzeit gibt es 44 Ehrenbürger der Stadt Graz, bedauerlicherweise ist darunter noch keine Frau. Welche Frau könnte besser geeignet sein, dieses unerfreuliche Missverhältnis zu beseitigen als Dr.<sup>in</sup> Grete Schurz? Mit ihr wurde die Stadt Graz Vorreiterin, war Grete Schurz doch die erste Frauenbeauftragte Österreichs. Viele ihrer Initiativen prägten und prägen diese Stadt nachhaltig. Durch ihr überparteiliches und entschlossenes Engagement für Frauenbelange verdient es Dr.<sup>in</sup> Grete Schurz, im Alter von 76 Jahren die erste Frau zu sein, die sich "Ehrenbürgerin der Stadt Graz" nennen darf.

In diesem Sinne wurde zu Jahresbeginn auf Wunsch des Grazer Frauenrats in Vertretung durch die Unabhängige Grazer Frauenbeauftragte Maggie Jansensberger und nach Initiative der Grazer Grünen an die Stadt Graz das Anliegen herangetragen, Dr.<sup>in</sup> Grete Schurz, der ersten Grazer Frauenbeauftragten (1986–1994), für ihre Verdienste eine besondere Ehrung durch die Stadt zukommen zu lassen.

Im zuständigen Fachausschuss für Frauen, Gleichstellung und Genderpolitik am 23.2.2010 wurde dieses Anliegen, Dr.<sup>in</sup> Grete Schurz die EhrenbürgerInnenschaft der Stadt Graz zu verleihen, einstimmig von allen dort vertretenen Fraktionen (die Grünen-ALG, KPÖ, SPÖ, ÖVP, FPÖ) unterstützt, und es wurde vereinbart, dass durch den GR-Klub der GRÜNEN ein Antrag vorbereitet und – zur gemeinsamen Einbringung – an alle Klubs ausgesendet wird.

Aus den politischen Gesprächen vor der Gemeinderatssitzung vom 25.2.2010 ergab sich, dass Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl diesem Wunsch des Ausschusses

insofern entsprechen könne, dass Dr.<sup>in</sup> Grete Schurz - in Abänderung des ursprünglichen Anliegens - zum Dank für ihre zahlreichen Verdienste um die Stadt Graz für die Anliegen von Frauen und Familien der Ehrenring der Stadt Graz verliehen werden könne.

### **A n t r a g :**

Aufgrund des Anliegens des Grazer Frauenrats in Vertretung durch die Unabhängige Grazer Frauenbeauftragte Maggie Jansensberger, nach Initiative der Grünen-ALG und in Abstimmung mit dem einstimmigen Wunsch des Fachausschusses für Frauen, Gleichstellung und Genderpolitik stellen wir hiermit den Antrag,

1. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl möge entsprechend den im Vorfeld geäußerten Wünschen der politischen Klubs die notwendigen Schritte in die Wege leiten, der ersten österreichischen Frauenbeauftragten Dr.<sup>in</sup> Grete Schurz eine entsprechende Ehrung durch die Stadt Graz zuteil werden zu lassen.
2. Die Entscheidung und Vorbereitung zu einer solchen Ehrung möge – zur symbolischen Untermauerung des speziellen Engagements von Dr.<sup>in</sup> Grete Schurz – bis spätestens zum diesjährigen internationalen Frauentag am 8. März 2010 offiziell bekannt gegeben werden.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **16) Öffnungszeiten der Bibliotheksfilialen für Berufstätige erweitern**

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Sehr geehrte Damen und Herren! Bei mir geht es um die Filialen der Stadtbibliothek und ihre Öffnungszeiten. Nur das Stammhaus am Zanklhof bietet eine Öffnungszeit unter der Woche bis 19.00 Uhr, in den Filialen ist es für Berufstätige fast nicht möglich, diese Einrichtungen zu nützen, daher meine Bitte, einmal in der Woche auch in den Filialen eine Öffnungszeit bis 19.00 Uhr einzurichten. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Die städtischen Bibliotheken spielen eine wichtige Rolle im Bildungsangebot der Stadt Graz.

Die Möglichkeit, nach der Arbeit noch in eine städtische Bücherei zu gehen, besteht für Berufstätige in Graz nur im Hauptgebäude (dem Zanklhof und der Mediathek). Alle Filialen jedoch schließen spätestens um 17 Uhr. Längere Öffnungszeiten auch in den Filialen wären grundsätzlich wünschenswert, sind aber angesichts der Kürzungen beim Personal derzeit nicht durchsetzbar. Dringend erforderlich wäre aber, dass die Filialen zumindest einmal pro Woche bis 19 Uhr offen halten.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**A n t r a g :**

Alle Filialen der städtischen Bücherei sollen künftig einmal pro Woche bis 19 Uhr geöffnet bleiben.

***Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 17) Revitalisierung des denkmalgeschützten Schlosses Karlau

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

GR. **Sikora**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der erste Antrag handelt um die Revitalisierung des denkmalgeschützten historischen Schlosses Karlau, und zwar ist der Antragstext: Die zuständige Stelle soll an den für denkmalpflegerische Belange zuständigen steirischen Landeskonservator herantreten, um eine Prüfung der historisch wertvollen Bausubstanz des unter Bundesdenkmalschutz gestellten Grazer Schlosses mit eventuell notwendiger Revitalisierung voranzutreiben (*Applaus KPÖ*).

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Seit 1. Jänner 2010 ist die neue Verordnung des Bundesdenkmalschutzgesetzes in Kraft. Kapellen, Brücken, Burgen und Schlösser - die Liste der steirischen Denkmäler ist lang. Wie lang genau, das steht offiziell erstmals mit 1. Jänner 2010 fest. Da trat der Paragraph 2a des Bundesdenkmalschutzgesetzes in Kraft. Ein Paragraph, der die Einordnung der Denkmäler in Österreich grundsätzlich neu regelt. Mit dabei unter den besonders denkmalgeschützten Objekten ist auch das Grazer Schloss Karlau, jetzige Haftanstalt inmitten von Graz. Das Schloss Karlau wurde zwischen 1584 und 1590 von Marc Antonio Tadei im Renaissancestil für Erzherzog Karl II erbaut, welcher das Schloss vorwiegend als Jagdschloss verwendete.

Nun gibt es jedoch das Problem, dass das besonders denkmalgeschützte historische Schloss Karlau zunehmend verfällt. Bei den Außenwänden bröckelt bedrohlich der Verputz, die denkmalgeschützte wertvolle Schlossuhr ist verwittert und nicht mehr erkennbar. Auch im Inneren des Schlosses ist wertvolle Bausubstanz vom Verfall bedroht.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**A n t r a g :**

Die zuständige Stelle des Magistrats wird ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe an den für denkmalpflegerische Belange zuständigen steirischen Landeskonservator heranzutreten, um eine Prüfung der historisch wertvollen Bausubstanz des unter Bundesdenkmalschutz gestellten Grazer Schlosses Karlau mit eventuell notwendiger Revitalisierung voranzutreiben.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **18) „Öffis“ - vermehrte Reinigung von Fahrzeugen der Grazer Verkehrsbetriebe**

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

GR. **Sikora**: Beim zweiten Antrag geht es um die vermehrte Reinigung der Öffis, und zwar soll der Magistrat an die Verantwortlichen der GVB herantreten, um zu prüfen, ob die „Öffis“ vor Inbetriebnahme gründlich grundgereinigt werden und ob gerade jetzt in der witterungsmäßig bedingten schmutzigen und nassen Jahreszeit eine vermehrte Reinigung der Fahrzeuge von außen möglich wäre (*Applaus KPÖ*).

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Die öffentlichen Verkehrsmittel im Grazer Stadtgebiet sind auch Visitenkarten der Stadt, werden sie doch von tausenden GrazerInnen und von Pendlern und Touristen täglich benützt. Erst kürzlich wurden für das abgelaufene Mobilitätsjahr 2009 neue Erfolgsmeldungen bezüglich Fahrgastfrequenz in den Medien kolportiert. Mit der neuen Variobahn verfügt die Stadt über eine modern ausgestattete Fahrzeugflotte, sowohl bei Bim als auch bei Bus.

Um diesem angesprochenen Aufwärtstrend gerecht zu werden und um das moderne Erscheinungsbild der „Öffis“ zu repräsentieren, gehört auch eine dementsprechende Wartung und Pflege der Fahrzeuge dazu.

In letzter Zeit häufen sich jedoch Beschwerden aus der Öffentlichkeit, die die Sauberkeit der Fahrzeuge in Frage stellen. Schon am Morgen bei den ersten Ausfahrten der Fahrzeuge finden sich diese in teilweise sehr verschmutztem Zustand wieder. Müll und Schmutz im Wageninneren sind keine Seltenheit und so auch keine Visitenkarte, die zum Einsteigen animiert. Dazu kommt noch, dass aufgrund der jetzigen Witterung die Fahrzeuge auch außen teilweise stark verschmutzt durchs Grazer Stadtgebiet fahren.

Ich stelle deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **A n t r a g :**

Die zuständige Stelle des Magistrats wird ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe an die Verantwortlichen heranzutreten und zu prüfen, ob die „Öffis“ vor Inbetriebnahme gründlich grundgereinigt werden und ob gerade jetzt in der witterungsmäßig schmutzigen und nassen Jahreszeit eine vermehrte Reinigung der Fahrzeuge von außen möglich wäre.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **19) Straßenbenennung nach Johanna Dohnal, der ersten Frauenministerin Österreichs**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag betrifft Straßenbenennung nach Johanna Dohnal, der ersten Frauenministerin Österreichs. Mein Antrag lautet: Der Gemeinderat möge beschließen, dass Johanna Dohnal eine entsprechende Würdigung für ihr Wirken insbesondere als erste Frauenministerin und für ihr unermüdliches Engagement für die Gleichstellung der Frauen in der Stadt Graz erhalten soll, indem eine Straße oder ein Platz nach ihr benannt wird. Danke (*Applaus KPÖ*).

**Motivenbericht nur schriftlich:**

„Wenn ich von Frauenpolitik rede, meine ich eine aktive Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik mit dem Ziel, geschlechterdemokratische Verhältnisse zu schaffen.“ So formulierte Johanna Dohnal in den 70er-Jahren ihre Zielvorstellungen, die zeitlebens prägend für ihr politisches Engagement waren. Jetzt ist sie vergangenes Wochenende, am 20. Februar 2010, verstorben.

Johanna Dohnal wurde am 14. Februar 1939 in Wien als uneheliche Tochter einer Fabrikarbeiterin geboren. Als gelernte Industriekauffrau arbeitete sie zunächst als Lohnverrechnerin in einer Wiener Kunstharzspritzerei, wo sie schließlich zur Betriebsrätin gewählt wurde. Sie war bereits ab ihrem 16. Lebensjahr politisch aktiv und Mitglied der SPÖ. 1979 wurde sie unter Bundeskanzler Bruno Kreisky Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten im BKA. Von Dezember 1990 bis April 1995 war sie die erste Frauenministerin Österreichs. Mit der Regierungsumbildung im April 1995 schied Johanna Dohnal aus der Bundesregierung aus und nahm keine Parteifunktionen mehr wahr. Sie blieb aber weiterhin eine aktive Mitstreiterin für die Rechte der Frauen und unterstützte z.B. das Frauenvolksbegehren (1996/1997).

Ihr Name wird immer in Verbindung damit stehen, dass sie sich aktiv für Verbesserungen der Lebenssituation von Frauen eingesetzt hat. So war Johanna Dohnal maßgebend daran beteiligt, dass die Fristenregelung eingeführt wurde, hat sich für nachhaltige rechtliche Verbesserungen für Frauen eingesetzt wie z.B. für die Beseitigung der Amtsvormundschaft bei ledigen Müttern, für das Recht zur Betretungsverweigerung bei Gewalt in der Ehe oder für das Verbot der sexuellen

Belästigung. 1993 wurden Gleichbehandlungsgesetze für den öffentlichen Dienst verabschiedet, die dazu geführt haben, dass eine „Frauenquote“ an Universitäten und in Ministerien eingeführt worden ist.

Aus diesem Grund stelle ich daher namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

### **A n t r a g :**

Der Gemeinderat möge beschließen, dass Johanna Dohnal eine entsprechende Würdigung für ihr Wirken insbesondere als erste Frauenministerin und für ihr unermüdliches Engagement für die Gleichstellung der Frauen in der Stadt Graz erhalten soll, indem eine Straße oder ein Platz nach ihr benannt wird.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **20) Schneeräumung bei GVB-Haltestellen**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Es trifft sich eh gut, dass Sie gerade den Vorsitz führen, weil ein Antrag ist eh eine Bitte an Sie, und zwar es geht um die Schneeräumung, wobei ich vorausschicken möchte, dass die Schneeräumung sehr gut funktioniert hat, möchte auch von dieser Stelle her allen Mitarbeitern sehr herzlich danken. Mein Antrag geht dahingehend: Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker wird ersucht, mit den zuständigen Stellen Kontakt aufzunehmen, um in Zukunft zu gewährleisten, dass bei Schneefällen die Räumung solcherart erfolgen soll, dass die Haltestellen der GVB unbehindert begehbar sind (*Applaus FPÖ*).

**Motivenbericht nur schriftlich:**

In den vergangenen Wochen ist der schon seit Jahren vermisste Winter wiedergekehrt. Trotz ungewöhnlicher Schneefälle hat die Räumung der Straßen im Grazer Stadtgebiet tadellos funktioniert.

Den involvierten Stellen und den eingesetzten Mitarbeitern sei von dieser Stelle sehr herzlich für ihren Einsatz gedankt.

So gut nun auch die Räumung der Straßen funktioniert hat, so groß waren innerhalb der Haltestellen der GVB-Busse die Probleme, vor allem für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Sowohl beim Einsteigen als auch beim Aussteigen kam es hier zu Schwierigkeiten, da der von der Straße geräumte Schnee in den Haltestellen oft zu großen Hindernissen wurde. Beispielhaft seien nur die zahlreichen Bushaltestellen entlang der Ragnitzstraße aufgezählt.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

**A n t r a g :**

Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker wird ersucht, mit den zuständigen Stellen Kontakt aufzunehmen, um für die Zukunft zu gewährleisten, dass bei Schneefällen die Räumung solcherart erfolgen soll, dass die Haltestellen der GVB unbehindert begehbar sind.

***Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen  
Behandlung zugewiesen.***

**21) Monsterbau Rosenbergasse 6, 6a, 6b, 6c**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Der nächste Antrag geht um den Monsterbau in der Rosenbergasse 6, 6a, 6b und 6c. Ich stelle daher den Antrag: Die zuständigen Stellen im Magistrat der Landeshauptstadt Graz werden ersucht, sobald als möglich eine Bürgerversammlung zum Thema Verbauung der Rosenbergasse 6,6a, 6b und 6c abzuhalten, in deren Rahmen die bisherigen Schritte einer breiten Öffentlichkeit dargelegt werden (*Applaus FPÖ*).

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Über 1200 Unterschriften liegen gegen einen geplanten Monsterbau in Geidorf vor. Eine eigne Interessengemeinschaft "Lebenswertes Geidorf" wurde gegründet und hat gegen den Bau fundierte Einwendungen vorgebracht.

Als fast einmalige Angelegenheit haben sich die besorgten Bürger bereit erklärt, das betroffene Grundstück zu kaufen und einer sanften Verwertung zuzuführen.

Leider wurden diese Einwände bisher zu wenig beachtet. Es liegen nun Gutachten, Gegengutachten und wieder Gutachten vor. Die Verunsicherung der betroffenen Bürger steigt von Tag zu Tag. Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

**A n t r a g :**

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Landeshauptstadt Graz werden ersucht, sobald als möglich eine Bürgerversammlung zum Thema Verbauung Rosenbergasse 6,6a, 6b, 6c abzuhalten, in deren Rahmen die bisherigen Schritte einer breiten Öffentlichkeit dargelegt werden.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **22) Ordnungshüter in den Fahrzeugen der GVB**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Der letzte Antrag geht um eine Anfrage vom 23. 4. 2009, wo ich am 19.1.2010 eine Anfragebeantwortung von der GVB erhalten habe. Der Antrag geht darum, der Gemeinderat möge beschließen: Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, die betreffenden Gespräche wieder aufzunehmen und über die Ergebnisse dem Gemeinderat Bericht zu erstatten und zwar zum Thema Ordnungshüter in Fahrzeugen in der GVB (*Applaus FPÖ*).

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Meine Anfrage vom 23.04.2009 zu der im Betreff angeführten Thematik wurde am 19.01.2010 von Ihnen beantwortet und mir am 03.02.2010 zugestellt. Im Rahmen der Beantwortung führen die GVB unter anderem Nachstehendes aus:

„Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass Fahrgastbegleiter insbesondere dann zum Einsatz kommen, wenn die Finanzierung aus Fördergeldern für die Umschulung von Personen, die auf der Suche nach neuen Beschäftigungsverhältnissen sind, gelingt. Daher sind speziell zu diesem Punkt detaillierte Gespräche mit der Stadt Graz, mit der Exekutive und mit den Förderstellen erforderlich, da eine einseitige Kostenbelastung der GVB aufgrund der angespannten budgetären Lage nicht akzeptiert werden kann.

Im Zuge der geplanten Inbetriebnahme der Videoüberwachung in unseren Neufahrzeugen werden wir zum Vergleich auch andere Konzepte zur Hebung der

subjektiven Sicherheit erproben. Die Ergebnisse werden dann auf die zukünftigen Schwerpunkte im Bereich Sicherheit Einfluss nehmen.“

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

### **A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, die betreffenden Gespräche wieder aufzunehmen und über die Ergebnisse dem Gemeinderat Bericht zu erstatten.

### **23) Verkehrszählung St.-Peter-Hauptstraße**

GR. **Hötzl** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! In meinem Antrag geht es um eine Verkehrszählung im Bezirk St. Peter, nämlich genau gesagt in der St.-Peter-Hauptstraße. Das ständig wachsende Verkehrsaufkommen in unserer Stadt führt vor allem die großen Hauptverkehrsstraßen in unsere und aus unserer Stadt an den Rand ihrer Kapazitäten. Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden Antrag: Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, die notwendigen Schritte zur Durchführung einer Verkehrszählung in der St.-Peter-Hauptstraße auf Höhe der Kreuzung Peterstalstraße einzuleiten. Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, die Ergebnisse gegenständlicher Verkehrszählung dem Gemeinderat zu dessen Kenntnisnahme vorzulegen (*Applaus FPÖ*).

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Das ständig wachsende Verkehrsaufkommen in unserer Stadt führt vor allem die großen Hauptverkehrsstraßen in unsere und aus unserer Stadt an den Rand ihrer Kapazitäten.

Zum Leidwesen vieler Verkehrsteilnehmer sind nicht enden wollende Staus die traurige Konsequenz dieses Umstandes.

Um den solcherart auftauchenden Problemen entsprechend begegnen zu können, erscheint es notwendig, die Dimension des aktuellen Verkehrsaufkommens in konkreten Zahlen darstellen zu können. Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

### **A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, die notwendigen Schritte zur Durchführung einer Verkehrszählung in der St.-Peter-Hauptstraße auf Höhe der Kreuzung Peterstalstraße einzuleiten. Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, die Ergebnisse gegenständlicher Verkehrszählung dem Gemeinderat zu dessen Kenntnisnahme vorzulegen.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen  
Behandlung zugewiesen.*

#### **24) Offenlegung des Jahresabschlusses der durch die Stadt Graz subventionierten Vereine ISOP und ARGE Jugend**

GRin. **Benedik** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Benedik**: Bei meinem Antrag geht es um die Offenlegung des Jahresabschlusses der durch die Stadt Graz subventionierten Vereine ISOP und

ARGE Jugend. Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, die Vereine ISOP und ARGE Jugend zur Vorlage der im Motivenbericht genannten Unterlagen aufzufordern. Die zuständigen Stellen werden beauftragt, dem Gemeinderat hierüber Bericht zu erstatten (*Applaus FPÖ*).

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Da diversen Subventionsansuchen, die im Stadtsenat verhandelt werden, den jeweils betreffenden Stücken/Berichten ausdrücklich der Passus angefügt wird, dass „für die genannten Subventionen der Nachweis über die widmungsgemäße Verwendung der Subventionen unter Vorlage der Originalbelege durch eine detaillierte Einnahmen/Ausgaben-Rechnung mit Offenlegung der Vermögensverhältnisse bzw. den Jahresabschluss (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, wenn vorhanden Wirtschaftsprüferbericht) verlangt werden kann“, stelle ich hiermit namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

**A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, die Vereine ISOP und ARGE Jugend zur Vorlage der im Motivenbericht genannten Unterlagen aufzufordern.

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, dem Gemeinderat hierüber Bericht zu erstatten.

***Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen  
Behandlung zugewiesen.***

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa R ü c k e r schließt die Sitzung des Gemeinderates um 21.35 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb